

Ruth Halbritter
Rudolzhofen 3
97215 Uffenheim



Uffenheim, 31.10.2015

An
Herrn Landrat Helmut Weiß

Landratsamt Neustadt/Aisch-Bad Windsheim

Antrag von Bündnis 90/Die Grünen zu den Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TISA

Sehr geehrter Herr Landrat Weiß,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Kreistag,

nachdem Sie, Herr Landrat, uns ein Schreiben von Frau Dr. Daniela Heisel, (Bayer. Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr) zukommen haben lassen, indem eine Befassung der kommunalen Parlamente mit den o.g. Freihandelsabkommen ausdrücklich für möglich erachtet wird, möchten wir dieses Thema erneut in den Kreistag einbringen. In Uffenheim und einigen Gemeinden im Landkreis wurden bereits Resolutionen dazu verabschiedet.

Auch der Mittelfränkische Bezirkstag befasste sich am 26. März 2015 damit und fasste folgenden Beschluss:

„Der Abbau von Handelshemmnissen ist grundsätzlich zu begrüßen. Bei den derzeit verhandelten Freihandelsabkommen TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership), CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement) und TiSA (Trades in Service Agreement), handelt es sich allerdings um eine neue Generation von bi- und multilateralen Handelsverträgen, die eine Machtverschiebung zum Ziel haben, weg von demokratisch gewählten Politikern, hin zu multinationalen Konzernen. Diese Art von Verträgen stellt einen massiven Eingriff in unsere kommunale Gestaltungshoheit und unsere kommunale Selbstverwaltung dar. Der Bezirkstag von Mittelfranken lehnt TTIP, CETA und TISA in der derzeit bekannten Form ab.

Der Bezirkstag von Mittelfranken spricht sich dafür aus, dass Dienstleistungen der kommunalen Daseinsvorsorge, die durch die Bezirke und ihre Unternehmen verantwortet und erbracht werden (Sozialdienstleistungen, Krankenhäuser, Kultur) durch internationale Handelsabkommen nicht beeinträchtigt werden. Zum Schutz der kommunalen Daseinsvorsorge und der kommunalen Organisationsfreiheit unterstützt der Bezirkstag von Mittelfranken daher ausdrücklich die im gemeinsamen Positionspapier zu internationalen Handelsabkommen und kommunalen Dienstleistungen der kommunalen Spitzenverbände auf Bundesebene und des Verbandes Kommunaler Unternehmen e. V. (VKU) enthaltenen Forderungen vom Oktober 2014.

(http://www.staedtetag.de/imperia/md/content/dst/internet/fachinformationen/2013/pp_ttip_2014_1001.pdf)

Der Bezirkstagspräsident bringt diesen Beschluss den mittelfränkischen kommunalen

Spitzenverbänden zur Kenntnis und er bringt die Haltung des Bezirkstages von Mittelfranken der Öffentlichkeit und den örtlichen Mandatsträgern im Europaparlament sowie in Bund und Land zum Ausdruck. Er fordert die verantwortlichen Parlamentarier dazu auf, den Abkommen in der derzeit bekannten Form nicht zuzustimmen.“

Dementsprechend beantragt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, folgenden Beschluss zu fassen:

Bei den derzeit verhandelten Freihandelsabkommen TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership), CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement) und TiSA (Trades in Service Agreement), handelt es sich um eine neue Generation von bi- und multilateralen Handelsverträgen, die eine Machtverschiebung zum Ziel haben, weg von demokratisch gewählten Politikern, hin zu multinationalen Konzernen. Diese Art von Verträgen stellt einen massiven Eingriff in unsere kommunale Gestaltungshoheit und unsere kommunale Selbstverwaltung dar. Der Kreistag von Neustadt an der Aisch-Bad Windsheim lehnt TTIP, CETA und TISA in der derzeit bekannten Form ab. Der Kreistag spricht sich dafür aus, dass Dienstleistungen der kommunalen Daseinsvorsorge, die durch den Kreis und ihre Unternehmen verantwortet und erbracht werden (Krankenhäuser, Kultur,...) durch internationale Handelsabkommen nicht beeinträchtigt werden.

Zum Schutz der kommunalen Daseinsvorsorge und der kommunalen Organisationsfreiheit unterstützt der Kreistag Neustadt an der Aisch-Bad Windsheim daher ausdrücklich die im gemeinsamen Positionspapier zu internationalen Handelsabkommen und kommunalen Dienstleistungen der kommunalen Spitzenverbände auf Bundesebene und des Verbandes Kommunaler Unternehmen e. V. (VKU) enthaltenen Forderungen vom Oktober 2014.

(http://www.staedtetag.de/imperia/md/content/dst/internet/fachinformationen/2013/pp_ttipp_20141001.pdf)

Der Landrat bringt diesen Beschluss den mittelfränkischen kommunalen Spitzenverbänden zur Kenntnis und er bringt die Haltung des Kreistages der Öffentlichkeit und den örtlichen Mandatsträgern im Europaparlament sowie in Bund und Land zum Ausdruck. Er fordert die verantwortlichen Parlamentarier dazu auf, den Abkommen in der derzeit bekannten Form nicht zuzustimmen.“

Begründung:

Da die Verhandlungen zu Handelsabkommen unmittelbar den Einflussbereich der kommunalen Selbstverwaltung betreffen, ist größtmögliche Transparenz notwendig. Diese Transparenz ist nicht gegeben.

Schiedsgerichtsverfahren können keinen Bestandteil internationaler Handelsabkommen bilden, da sie die Rechtsstaatlichkeit aushebeln und die grundgesetzliche Selbstverwaltungsgarantie aus § 28 Absatz 2 Satz 1 GG massiv beeinträchtigen.

Aufgrund der möglichen breiten Auswirkungen, die Freihandelsabkommen auf kommunale Daseinsvorsorge, Ökologie, Landwirtschaft sowie soziale und kulturelle Angebote im kommunalen Raum haben werden, ist es angezeigt, dass auch der Kreistag Neustadt/Aisch-Bad Windsheim - wie viele andere kommunale Gremien in ganz Deutschland – sich kritisch zum aktuellen Verhandlungsprozess von TTIP, CETA und TISA äußert.

gez.
Ruth Halbritter
Kreisrätin
Bündnis 90 /Die Grünen